

Kritik an geplanten Kürzungen bei der Eingliederungshilfe

Der BSW-Kreisverband Herne kritisiert die derzeit diskutierten Einsparpläne bei der Eingliederungshilfe scharf. Nach Auffassung des Kreisverbandes drohen massive Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung und ihre Familien.

Besonders problematisch ist, dass viele der Vorhaben lange Zeit fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit vorbereitet wurden. Hintergrund sind Pläne von Bund, Ländern und Kommunen, Leistungen der Eingliederungshilfe stärker zu begrenzen. Betroffen wären genau jene Unterstützungsangebote, die Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Fachverbände der Behindertenhilfe haben bereits eindringlich vor den Folgen gewarnt.

Behinderte Kinder besonders betroffen

Der BSW-Kreisverband Herne sieht insbesondere bei der Unterstützung von Kindern mit Behinderung große Gefahren. Viele Schülerinnen und Schüler können nur mit einer individuellen Schulbegleitung am Unterricht teilnehmen. Wenn diese Leistungen eingeschränkt werden, bedeutet das für zahlreiche Kinder weniger Bildungschancen und soziale Ausgrenzung. Auch die geplante stärkere Bündelung von Assistenzleistungen bewertet der Kreisverband kritisch. Menschen mit Behinderung brauchen passgenaue Unterstützung und keine standardisierten Sammellösungen, die sich allein an Kostengesichtspunkten orientieren.

Einschränkung der freien Wahl der Wohnform

Besonders alarmierend ist zudem, dass künftig die freie Wahl der Wohnform wieder eingeschränkt werden könnte. Das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie man lebt, ist ein grundlegendes Menschenrecht und in der UN-Behindertenrechtskonvention eindeutig verankert. Menschen gegen ihren Willen in bestimmte Wohnformen zu drängen, weil diese günstiger seien, ist aus Sicht des BSW nicht akzeptabel.

Zugang zu Hilfsmitteln wird erschwert

Kritisch sieht der Kreisverband außerdem mögliche Einschränkungen beim Zugang zu Hilfsmitteln wie Rollstühlen, Kommunikationsgeräten oder technischen Assistenzsystemen. Diese Hilfen ermöglichen vielen Menschen überhaupt erst ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. „Eine Behinderung kann jeden Menschen treffen – durch Krankheit, Unfall oder im Alter. Deshalb geht es hier nicht um ein Randthema, sondern um die Frage, wie solidarisch unsere Gesellschaft wirklich ist“, erklärt der BSW-Kreisvorsitzende und Stadtverordnete Norbert Arndt.

Und wie das alles finanzieren?

Das BSW fordert, auf Kürzungen bei der Teilhabe vollständig zu verzichten. Stattdessen braucht es Lösungen, die nicht zulasten derjenigen gehen, die Unterstützung am dringendsten benötigen. Wer nach der Finanzierung fragt sollte sich mal mit den immensen Kosten für Hochrüstung und Kriegsertüchtigung befassen. Bei Behinderten soll der Rotstift angesetzt werden während für militärische Belange kein Ausgabelimit besteht.

Norbert Arndt

